

Zehn Jahre danach: Was wurde aus den Arabellionen?

Vollmann, Erik

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vollmann, E. (2021). Zehn Jahre danach: Was wurde aus den Arabellionen? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 70(2), 195-205. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i2.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zehn Jahre danach: Was wurde aus den Arabellionen?

Erik Vollmann

Zusammenfassung

Zehn Jahre nach dem sogenannten „Arabischen Frühling“ ist es Zeit Bilanz zu ziehen: Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Nachwirkungen der Proteste für (politik-)wissenschaftliche Erkenntnis, internationale Beziehungen und die politischen Systeme der Weltregion.

Nicht bei allen Jubiläen verbreitet sich Feststimmung. Die Protestwelle, die im Dezember 2010 im tunesischen Hinterland begann und vor zehn Jahren in weiten Teilen der arabischen Welt ihren Höhepunkt fand, ruft heute bei den einstigen Protagonist*innen und internationalen Beobachter*innen gemischte Gefühle hervor. Der sogenannte „Arabische Frühling“ begann als Schrei nach sozioökonomischer Sicherung und Teilhabe, sowie – nicht überall und nicht sofort – nach einer Liberalisierung autoritärer Systeme. Die zentrale Forderung der meisten Protestierenden war allerdings eine würdevolle Behandlung durch Autoritäten. Schnell wurden sie lokal wie international zum Sinnbild und Hoffnungsschimmer für Demokratie und Emanzipation der Bevölkerungen. Die Proteste feigten die Machthaber Tunesiens, Ägyptens, des Jemen und (mit internationalem Eingreifen) Libyens aus dem Amt. Weitere Throne in der Region wackelten und wurden durch eine Mischung aus Reformversprechen, rentierstaatlichen Geldgeschenken und Repression abgesichert.

Grund genug, nach einer Dekade Bilanz zu ziehen: Zehn Jahre nach den Protesten ist – wie auch global – der Autoritarismus in der Region auf dem Vormarsch. Die



Erik Vollmann

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche und Vergleichende Politikwissenschaft, Europaforschung und Politische Ökonomie
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

junge ägyptische Demokratie fiel einem Putsch des Militärs zum Opfer. Zudem belasten Staatszerfall (z.B. Libyen, Jemen) und Bürgerkriege (z.B. Syrien) das Erbe der Revolutionen. Lediglich Tunesien bleibt als Erfolgsbeispiel, das sich von einer harten Diktatur zu einer defekten Demokratie entwickelt hat. Doch der Nimbus des Überlebenden ist vielen Tunesier*innen zuwider. Trotz der Demokratisierung vermissen sie wirtschaftliche und soziale Verbesserungen sowie Zukunftsperspektiven.

Gleichsam halten Proteste in vielen arabischen Staaten an und fordern noch immer Diktatoren heraus. Der Autoritarismus ist also nicht statisch: Dynamiken unterhalb der obersten Kruste des Regimes oder Nationalstaats sind seit 2011 auch verstärkt durch die Politikwissenschaft betrachtet worden. Mit der Re-Autokratisierung geht aber auch eine immer stärkere Einschränkung des Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen einher. Die Diktaturen machen dicht. Gleichsam zeigt sich, dass der „arabische Frühling“ noch nicht vorüber ist. Erst 2019 kam es zu neuen Regimewechseln in mehreren Staaten der Region. Der „Frühling“ war ein konzertierter, im Einzelfall aber kein singulärer Moment. Seine Zäsur besteht in der hochgradigen Synchronität und der großen Sichtbarkeit der vergleichsweise raschen Proteste und Regimewechsel in Tunesien (14. Januar 2011) und Ägypten (11. Februar 2011). Der Fall der beiden prominenten, international gut vernetzten und langjährigen Diktatoren Zine el-Abidine Ben Ali (Tunesien) und Husni Mubarak (Ägypten) fungierte insofern als Katalysator für nationale Prozesse in anderen Staaten der Region.

1. Begriffskämpfe: Mehr als Arabisch, mehr als ein Frühling

Der sogenannte „Arabische Frühling“ ist als Begriff auch zehn Jahre nach dem Protestphänomen, das er beschreibt, dominant – zumindest in deutschen und westlichen Medien. Dabei ist er früh problematisiert worden. Ihm ist vorgeworfen worden, er greife zu kurz, vereinfache, trivialisiere oder orientalisierere ein komplexes Phänomen. So waren die Protestbewegungen längst nicht nur arabisch. Die marokkanischen Proteste mobilisierten z.B. auch große Teile der Amazigh-Bevölkerung, die über eine starke eigenständige ethnische Identität, ein Schriftsystem und eigene Sprachen verfügen. Viele Amazigh fühlen sich klar als Marokkaner, nicht aber als Araber. Ähnliches gilt für den kurdischen Protest und Kampf gegen autoritäre Regime nicht nur während des arabischen Frühlings. Im syrischen Bürgerkrieg, der sich an die Proteste von 2011 anschloss, sowie im Kampf gegen die erstarkte Terrormiliz Daesh (sog. Islamischer Staat) im Irak, in Syrien und andernorts spielten kurdische Kämpfer*innen¹ eine wichtige Rolle. Ähnliches gilt für zahlreiche andere Bevölkerungsgruppen und Ethnien, die in den verschiedenen arabischen Staaten leben und zum Teil an Protesten beteiligt waren. Gleichzeitig verwischt der „Arabische Frühling“ die zahlreichen Facetten eigenständiger Kulturen, nationalen und subnationalen Identitäten sowie nicht zuletzt die Sprachvielfalt arabischer Dialekte innerhalb der Weltregion.

Akzeptiert man aber die Zuschreibung „arabisch“ als politgeografische und nicht ethnische Kategorie (z.B. als Mitgliedschaft der Staaten in der Arabischen Liga), lässt sich damit womöglich leben. Daneben ist aber auch der „Frühling“ als unzutreffende

Zuschreibung kritisiert worden. Tatsächlich wurde im Westen lange die Stabilität autoritärer Regime im Nahen Osten als gegeben hingenommen. Der *Weltregion* wurde verkürzend ein „arabischer Exzeptionalismus“ attestiert, in dem mitunter auch kultur-alistisch die Demokratieunfähigkeit „der Araber“ oder gar „der Muslime“ anklang². Gegen den Begriff des „Arabischen Frühlings“ wurde daher vorgebracht, er greife diese Vereinfachungen auf, indem er die zahlreichen Proteste und zivilgesellschaftliches Engagement in vielen Staaten der Region vor 2011 ignoriere. Die Bevölkerungen der Weltregion seien quasi zufällig oder passiv über den historischen Moment der Revolutionen gestolpert, obwohl die Akteursqualität der arabischen Zivilgesellschaften für diese Entwicklungen außer Frage steht.

Dabei gehen häufig die nationalen Besonderheiten in Ursachen, Verlaufsformen und auch Zielen der Protestbewegungen in jedem Land innerhalb des Nahen Ostens und Nordafrikas (Middle East and North Africa – MENA) verloren. Längst nicht überall wurde eine Demokratie gefordert. Einige Protestbewegungen wurden von religionsidentitären Aspekten mitbeeinflusst (z.B. Aufstände einer schiitischen Mehrheitsbevölkerung gegen ein sunnitische Herrscherhaus in Bahrain), in anderen Gesellschaften fehlte diese Konfliktlinie. Aus den vielfältigen Gründen lässt sich aber zumindest eine thematische Gemeinsamkeit ziehen: Diese liegt in der starken Betonung des Begriffes der Würde. Die gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe spielten meist eine große Rolle. Eine Analyse der Twitter- und Facebook-Kommunikation zeigt vor allem die Dominanz der Würde als Kampfbegriff (*karāma*) begleitet von Revolution (*ṭaura*) und Rechten bzw. Gerechtigkeit (*ḥuqūq*) (Alhassen 2012).

2. Internationale Einflüsse: Versicherheitlichung, Rückzug der USA, regionales Machtstreben

Zusätzlich wird der „arabische Frühling“ vielfach mit Ernüchterung und Resignation verbunden, da Liberalisierung, Demokratisierung oder sogar in vielen Fällen die Stabilität staatlicher Ordnung (noch) keine Ergebnisse der Protestbewegungen sind. Für derzeitig aktive Protagonist*innen kann das Erbe der Arabellion daher zur Bürde werden, hat sich doch auch die internationale Gemeinschaft nach dem ersten Lob und Zuspruch für die Proteste wieder für das Primat der Sicherheit über eine aktive Demokratieförderung entschieden, das die internationale Politik seit den Anschlägen des 11. September 2001 prägt. Menschenrechte und Demokratie waren zugunsten von Wirtschaft und Sicherheit in den Hintergrund getreten, wodurch es zu starken Dissonanzen zwischen dem Wertanspruch der „Freien Welt“ und der Zusammenarbeit mit den stabilen Diktaturen der MENA-Region kam. Die Diktatorendämmerung nach 2011 führte zunächst zu einem Wiederentdecken des eigenen Wertekanons auch in der Außenpolitik.

Nach internationalem Zuspruch für die Demokratiebestrebungen, der vor Ort häufig als zögerlich empfunden wurde, und der internationalen Intervention in Libyen als Schutzverpflichtung gegenüber der libyschen Bevölkerung, überwog bald die Sorge vor der Instabilität nationaler Regime. Die USA hatten bereits unter Barack Obama

begonnen, sich strategisch aus der Region zurückzuziehen und waren nicht bereit, sich z.B. trotz massiver Menschenrechtsverletzungen in Syrien militärisch zu engagieren. Eine westliche oder amerikanische „Invasion“ wäre auch lokal äußerst unbeliebt gewesen. Der Rückzug der USA aus der Region und das „Spiel auf Sicherheit“ vieler europäischer Staaten, z.B. zur Einhegung von Fluchtbewegungen aus MENA-Staaten, hinterließ ein Machtvakuum in der Region. Durch den relativen Rückzug der USA aus der Region gelang es auch Russland, politisch in die Weltregion zurückzukehren. So nutzte Moskau die zumindest anfängliche Kritik des Westens am Putsch des ägyptischen Militärs an der nach dem arabischen Frühling demokratisch gewählten Regierung, um seine Beziehungen zu dem langjährigen Bündnispartner der USA zu verbessern – inklusive wichtiger Verträge über Waffenlieferungen und eine gemeinsame Strategie zur Unterstützung einer Bürgerkriegspartei in Libyen. Nachdem sich Russland im Weltsicherheitsrat bei der Entscheidung über einen militärischen Schutz Einsatz in Libyen enthalten hatte – was diesen aufgrund Russlands Veto-Macht erst ermöglichte –, intervenierte Moskau seit 2015 aktiv in Syrien und verhinderte so den Zusammenbruch der Assad-Regierung. Russland verbesserte seine Beziehungen zu Israel und Saudi-Arabien und geriert sich so als (autokratische) Alternative zu den lange bestehenden Bündnissen mit den Vereinigten Staaten (Rumer 2019). Als einer der Hauptimporteure von Gas und Öl hat sich auch Chinas Interesse für den Nahen Osten und Nordafrika seit den arabischen Aufständen stark erhöht. Die Weltregion ist eine Zielregion der chinesischen Belt and Road Initiative, die als neue Seidenstraße gewaltige Infrastrukturprojekte zur Verbindung des chinesischen Marktes mit dem Nahen Osten fördert (Fulton 2019). Die Belt and Road Initiative sowie Chinas Nahostpolitik im Allgemeinen betonen dabei die wirtschaftliche Entwicklung ohne Einmischung in andere Staaten. Das chinesische wie das russische Engagement in der Region treten daher in Konkurrenz zu europäischen und US-amerikanischen Kooperationen und Förderungen, enthalten im Gegensatz zu diesen aber keine Klauseln zu Menschenrechten und Demokratie.

Neben den „internationalen Mächten“ versuchen zunehmend auch regionale Aspiranten wie Saudi-Arabien, die Lücke zu füllen, welche die strategische Umorientierung der USA gerissen hat. Als „autokratisches Gravitationszentrum“ mit massiver politischer und wirtschaftlicher Investitionskraft stärkt das Land seine autokratischen Verbündeten insbesondere in der Golfregion (Bohn et al. 2018; Zumbrägel und Demmelhuber 2020). Als größter Rivale um regionale Dominanz kann der ideologisch verfeindete Iran gelten. Zu dessen Einhegung näherte sich Saudi-Arabien in den vergangenen Jahren sogar Israel an, welches wegen der in der arabischen Welt populäreren Unabhängigkeitsbewegung Palästinas eigentlich zu dessen Erzfeinden gehört. Im Streit dieser drei und unter erratischer Beteiligung der mit den Saudis verbündeten US-Administration Donald Trumps versuchte sich jüngst auch die Türkei als Einflussfaktor in der arabischen Welt zu etablieren³. Die Protestbewegungen der Region sahen sich also alsbald einer nur halbherzigen Unterstützung des Westens sowie einer ganzen Reihe autokratischer Lern- und Diffusionsprozesse ausgesetzt (Bank und Edel 2015; von Soest 2015).

3. Wissenschaft nach den arabischen Aufständen: großes Interesse und wachsende Widerstände

Die arabischen Aufstände und ihre Folgen gelten nicht nur als Zäsur für die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas, sondern auch für die (politik-)wissenschaftliche Forschung zu dieser Region. Lange sparte die vergleichende Politikwissenschaft die meisten Länder der Region aus der Überprüfung ihrer Theorien aus. Politikökonomen und quantitativ Forschende fanden kaum verfügbare (oder belastbare) Daten, z.B. zu Staatsfinanzen. Erkenntnisse zu international geforderten und geförderten Reformen wie Wirtschaftsliberalisierung, Sparpolitik, Good Governance, Dezentralisierung beziehen sich am häufigsten auf Erkenntnisse innerhalb der OECD-Welt. Auch wenn andere Weltregionen mit einbezogen werden konnten, blieb die MENA-Region häufig außen vor (Demmelhuber et al. 2020). Obwohl solche Erkenntnisse zum Beispiel auch für wissenschaftliche Handlungsempfehlungen an Politik und Entwicklungszusammenarbeit notwendig gewesen wären, blieben viele dieser „blinden Flecke“ bestehen. Die Arabellionen führten zu einer ganzen Reihe neuer Forschungsprojekte und -förderungen, die die Region aus der Nische der Regionenforschung ins Zentrum der vergleichenden Politikwissenschaft beförderte.

Das gesteigerte Interesse legt dabei oft den Finger in die Wunde autokratischer Politik: Weiter mangelt es häufig an belastbaren Daten, die nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für internationale Kooperationen, Organisationen sowie die Entwicklungszusammenarbeit notwendig wären. Die Qualität und Verfügbarkeit statistischer Daten (sog. statistische Kapazität) ist in der MENA-Region weltweit am schlechtesten (Arezki et al. 2020). Das gesteigerte wissenschaftliche Augenmerk auf den arabischen Staaten ist offenbar nicht im Interesse autoritärer Regime. Die geringe statistische Kapazität besteht trotz schon lange bestehender und ausgestatteter staatlicher Statistikämter. Auch ist die Möglichkeit zu Umfragen hier bewusst stark eingeschränkt. In Demokratien ist sie eine beliebte, da einfache und vergleichsweise günstige Möglichkeit, belastbare Erkenntnisse über die Einstellungen der Bevölkerung zu gewinnen, in Nichtdemokratien ist sie traditionell problematisch. Die Wissenschaft hat hier große Fortschritte gemacht und über vergleichende Befragungen wie das Arab Barometer sind Einblicke und Vergleiche auch mit den „alten Demokratien“ möglich (Benstead 2018; Tannenbergs 2017). Nicht in allen Staaten sind entsprechende Erhebungen aber erlaubt. Hinzu tritt die Angst der Befragten vor Repressalien. Zum Teil gibt es auch rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen – und die zu einer Art Selbstzensur von Umfrageinstituten und Befragten führt.

Da der „einfache Weg“ prozessproduzierter Daten und Umfragen in der arabischen Welt häufig versperrt ist, wird Feldforschung mit Interviews und Beobachtung deutlich wichtiger, um gesicherte Erkenntnisse zu generieren. Die „Goldgräberstimmung“ (nach Grimm 2018) der Sozialwissenschaft nach 2011 trifft dabei zunehmend auf die Re-Autokratisierung in Teilen der MENA-Region bzw. verstärkte Sicherheitsapparate und deren Misstrauen gegenüber (westlichen) Forschenden. Sicherheitskräfte und autoritäre Regime sind wenig daran interessiert, die Vernetzung von Zivilgesellschaft, NGOs und Opposition mit Forscher*innen zu fördern und erstgenannten so

eine Stimme bzw. den Zugang zu internationalen Foren zu gewähren. Vor 2011 wurden die vergleichsweise wenigen (Feld-)Forschenden häufig geduldet, auch da deren Wirken im Vergleich zu diplomatischen Verwerfungen durch das Aussprechen von Ausweisungen oder Repressionen gegenüber westlichen Staatsangehörigen abgewogen wurde.

Das Klima hat sich inzwischen aber verschärft. So wird es für Forschende immer schwerer einzuschätzen, wo die „roten Linien“ der Regierungen liegen (Glasius et al. 2018; Grimm et al. 2020). Eine verstärkte Überwachung, gerade auch digitaler Natur, erschwert den Schutz eigener Daten sowie insbesondere die Fürsorgepflicht für die Quellen und Interviewpartner*innen vor Ort. Während die Digitalisierung unter dem Schlagwort „Facebook-Revolutionen“ die informelle Vernetzung und dadurch auch die Schlagkraft des Protests der Jahre 2010/11 begünstigt hat, ermöglicht sie vermehrt auch die Überwachung von Aktivist*innen und Forschenden durch Sicherheitsbehörden (Demmelhuber 2013; Josua und Edel 2021). Der Fall des im Jahre 2016 im ägyptischen Kairo ermordeten italienischen Wissenschaftlers Giulio Regeni und die Verstrickungen des ägyptischen Sicherheitsapparats in der causa sind zum Symbol für die Risiken und Unwägbarkeiten der Forschung im Nahen Osten geworden. Nicht selten gelten ausländische Forschende als ausländische „Agenten“. Auch die wissenschaftliche Freiheit lokaler Forschender ist zehn Jahre nach den arabischen Umbrüchen stark eingeschränkt, im Rating der akademischen Freiheit ist die MENA-Region ein Schlusslicht (Janika Spannagel et al. 2020; V-Dem 2020). Es wird also zunehmend schwieriger, belastbare Erkenntnisse zur Region zu erhalten.

4. Ernüchterung und neue Dynamiken: Revolutionen brauchen Zeit

Auch ein Blick auf die Demokratiebewertungen in der Region ruft Ernüchterung hervor: Die MENA-Region hat sich seit 2010 nicht demokratisiert, im Schnitt gab es sogar Rückschritte. Die Demokratiemessung des Bertelsmann Transformation Index (BTI) zählte vor Beginn der arabischen Protestwellen zwei defekte Demokratien (davon eine stark defekt)⁴ und 16 Diktaturen in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas, davon neun moderate und sieben harte Autokratien (siehe Tabelle 1). Bei der jüngsten Erhebungswelle im Jahr 2020 gab es weiterhin eine defekte (Tunesien) und eine stark defekte Demokratie (Libanon), vier moderate und ganze 13 harte Autokratien.

Tabelle 1: Demokratiestatus und Veränderung seit 2010 in MENA-Staaten

	Status	2020	2018	2016	2014	2012	2010	2020-2010
Afghanistan	Autokratie	3,28	3,02	3,02	2,97	2,75	2,80	0,48
Algerien	Autokratie	4,70	4,75	4,80	4,80	4,30	4,37	0,33
Bahrain	Autokratie	3,00	3,23	3,48	3,65	4,35	4,42	-1,42
Ägypten	Autokratie	3,50	3,70	3,93	4,92	4,08	4,22	-0,72
Iran	Autokratie	2,88	2,92	2,97	3,13	3,25	3,45	-0,57
Irak	Autokratie	3,97	3,60	3,45	4,10	4,40	4,22	-0,25
Jordanien	Autokratie	4,32	4,37	4,03	4,10	3,92	4,02	0,30
Kuwait	Autokratie	4,70	4,50	4,38	4,70	4,95	4,68	0,02
Libanon	Def. Demokratie	5,30	4,87	5,70	6,00	6,15	6,25	-0,95
Libyen	Autokratie	2,45	2,57	2,38	4,13	3,10	3,20	-0,75
Marokko	Autokratie	3,68	3,80	3,83	4,00	3,90	4,05	-0,37
Oman	Autokratie	2,90	3,00	3,22	3,32	3,88	3,98	-1,08
Katar	Autokratie	3,90	3,73	3,83	4,00	4,08	4,20	-0,30
Saudi-Arabien	Autokratie	2,45	2,57	2,52	2,73	2,77	2,87	-0,42
Sudan	Autokratie	2,02	2,23	2,48	2,45	2,87	3,02	-1,00
Syrien	Autokratie	1,80	1,75	1,70	2,03	3,18	3,23	-1,43
Tunesien	Def. Demokratie	6,55	6,50	6,30	5,80	3,85	3,78	2,77
VAE	Autokratie	3,90	4,00	3,95	3,95	4,17	4,15	-0,25
Jemen	Autokratie	1,50	1,80	2,82	3,27	3,70	4,23	-2,73

Eigene Darstellung nach Daten des BTI (2020).

Die Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Herrschaft in der arabischen Welt haben sich schnell abgekühlt. Von den Ländern, deren Regime im Zuge der arabischen Aufstände gestürzt worden waren, ist heute nur Tunesien als viel zitierter Hoffnungsschimmer übrig geblieben. Die demokratisch gewählte Regierung Ägyptens wurde 2013 durch das mächtige Militär weggeputscht. Libyen und der Jemen versanken im Bürgerkrieg und gelten heute häufig als gescheiterte Staaten. Dasselbe gilt für Syrien, dessen Machthaber Assad sich allerdings weiterhin im Amt hält. Die Golfmonarchien überstanden die Proteste durch eine Mischung aus Repression und rentierstaatlichen Zugeständnissen. Die ärmeren Königreiche Jordanien und Marokko besänftigten durch Reformversprechungen, ohne dass dies ihre Demokratiebewertung nachhaltig beeinflusst hätte (siehe Tabelle 1).

Die Draufsicht von Demokratieindizes kann nationale Besonderheiten aber natürlich nicht auffangen und muss die Komplexität des Einzelfalls reduzieren. So kann sie das Ausmaß der Kämpfe, Erfolge und Rückschläge von Zivilgesellschaft und Protestbewegungen naturgemäß nicht abbilden. Diese illustriert stellvertretend ein Blick in die Entwicklungen Tunesiens.

Der vielbeschriebene „Funke“ (z.B. Asseburg 2011), der zu einem „Flächenbrand“ des Protests innerhalb der arabischen Welt wurde, wirkt häufig wie eine dramatische und nach zehn Jahren etwas abgetragene Metapher. Sie ist es nicht. Die Protestwelle begann mit Ausschreitungen infolge der Selbstentzündung eines Straßenhändlers im Dezember 2010 in Sidi Bouzid, einer Stadt im sozioökonomisch vergessenen Hinterland Tunesiens. Die Drohung der Selbstverbrennung sollte dem jungen Mann eine Audienz mit dem Gouverneur verschaffen. Infolge seines Todes kam es zu Protesten aus dem Landesinneren, die im Januar 2011 die Hauptstadt erreichten und den seit 1987 herrschenden Zine el-Abidine Ben Ali ins saudische Exil zwangen.

Für die erfolgreiche institutionelle Transformation und eine neue demokratische Verfassung gab es 2015 den Friedensnobelpreis für das tunesische Quartett des Nationalen Dialogs⁵. Doch zum zehnten Jahrestag der Selbstentzündung Mohamed Bouazizis in Sidi Bouzid reiste nicht einmal der Staatspräsident in die tunesische Provinz. Das Erbe Bouazizis als „Märtyrer“ der Revolution ist heute stark umstritten. Seine Familienmitglieder berichten von Vorwürfen aus der Bevölkerung, sie seien am Zusammenbruch des alten Regimes und der desaströsen wirtschaftlichen Lage des Landes schuld. (Foroudi 2020). Seit dem zehnten Jahrestag der Vertreibung Ben Alis im Januar 2021 gibt es auch massive Proteste (insbesondere junger) Tunesier*innen. Sie treffen das „Musterland“ der Arabellionen in einer der vielen Regierungskrisen mit einem zersplitterten Parlament und einem Machtkampf zwischen dem Präsidenten und Regierungschef.

Das Jubiläum zeigt, dass Institutionen unterhalb der Regierungsebene längst nicht vollständig liberalisiert und demokratisiert sind. Das unter Ben Ali gefürchtete Innenministerium bleibt ein Machtfaktor. Mit im Schnitt einer Regierungsumbildung im Jahr gelang es den Innenministern der Transformationszeit offenbar nicht, das Ministerium und seine angebundenen Sicherheitskräfte zu reformieren. Die Polizei reagierte mit massiver Gewalt gegen die demonstrierende Bevölkerung: Noch im Januar waren etwa 1600 Menschen inhaftiert worden, etwa ein Drittel davon Minderjährige (Human Rights Watch 2021). Eine enorme Zahl in einem Land mit lediglich gut elf Millionen Einwohnern. Weite Teile der Bevölkerung misstrauen dem Staat, der Politik und den Autoritäten. Eine Mischung aus Rezession und Sparpolitik begünstigt diesen Zorn oder auch die grassierende Nostalgie gegenüber dem Regime Ben Alis. Der tunesische Fall zeigt, was sich auch in anderen Weltregionen gezeigt hat: Menschen lieben die Demokratie nicht als Selbstzweck, es muss sich auch an ihren Lebensverhältnissen etwas verändern. Einerseits reiht sich die tunesische Entwicklung in den weit verbreiteten Pessimismus zum Jubiläum der arabischen Aufstände ein. Andererseits zeigt sie auch eine vitale Zivilgesellschaft und den Willen zur Korrektur. Transformationen brauchen Zeit.

5. Die Revolutionen von 2010/11: keine Singularität, ein Startschuss

Zehn Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ zeigt sich nämlich auch, dass dieser noch nicht abgeschlossen ist. Auf den ersten Blick ließe sich ein „Winter“ konstatieren, ist doch lediglich eine neue Demokratie (Tunesien) aus dem Frühling übrig geblieben während sich die autokratische Herrschaft in anderen Staaten gefestigt hat. Aktivist*innen in als moderat geltenden Autokratien wird häufig entgegnet, sie sollten froh sein, zumindest nicht in Libyen oder Syrien, sondern in stabilen Staaten zu leben. Ein tieferer Blick zeigt aber die Fortsetzung bedeutender Protestbewegungen in vielen arabischen Staaten – nur eben ohne eine gleichlaufende Welle. Zusätzlich haben die Revolutionen von 2010 und 2011 gezeigt, dass ein Regimewechsel möglich ist. Die Bevölkerungen haben auch den Machthabern, die weiterregieren konnten, finanzielle Zugeständnisse und Reformen abgerungen. Neue Verfassungen, Liberalisierungen,

demokratische Rechte wurden vielerorts verankert. Zwar sind diese zum Teil auch als Schaufensterpolitik ohne tatsächliche Veränderung oder sogar zur Stärkung der Autokratien umgesetzt worden (Heydemann 2007; Hinnebusch 2012; Vollmann et al. 2020). Verfassungen und Gesetze sind aber auch Angriffspunkte für lokale Aktivist*innen und internationale Organisationen. Regierungen, die gegen eigene Gesetze und Verfassungen verstoßen, müssen sich stärker legitimieren als wenn sie nur von abstrakten oder „westlichen“ Standards der Internationalen Gemeinschaft abweichen (Wigger 2019).

Erst 2019 gelang es der Bevölkerung Algeriens, einen Regimewechsel zu erzwingen (wenngleich mit unklarer Zukunftsaussicht). Ein neues Revolutionsmoment entwickelte sich auch im Libanon seit Oktober 2019. Und im Sudan leiteten Proteste den Putsch des seit dreißig Jahren amtierenden autoritären Präsidenten Omar al-Bashir im selben Jahr ein. Regimewechsel bedeuten auch in diesen Fällen keine Demokratisierung auf Knopfdruck. Die Transformationsprozesse in diesen Ländern sind fragil, kontestiert und können scheitern. Sie machen aber auch deutlich, dass die in ihrer Breite und Vehemenz bislang historische Protestwelle der Arabellion keine einmalige verpasste Chance ist. Auch wenn die Draufsicht auf die staatliche Ebene dies implizieren könnte: die politischen Systeme der arabischen Staaten befinden sich nicht im Stillstand. Sie sind durch zahlreiche Dynamiken, zum Teil auch unterhalb der zentralstaatlichen Institutionen und innerhalb der Zivilgesellschaften geprägt. Das Beispiel Tunesien zeigt gleichsam, dass eine stabile Transformation eine Demokratierendite braucht. Das Ziel vieler Aktivist*innen war nicht die Emulation westlicher Demokratiestandards hin zu einer lediglich institutionellen Demokratie. Es war und ist vielerorts ein Ruf nach Würde, die gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliches Auskommen und Respekt von Seiten staatlicher Gewalt einfordert.

Anmerkungen

- 1 Auch jenseits integrativer Sprache spielten gerade weibliche Kämpferinnen hier eine große Rolle. Da Kämpfer des Islamischen Staates offenbar fürchteten, nicht ins Paradies eintreten zu können, wenn sie von einer Frau getötet wurden, ist die Kampfkraft und symbolische Wirkung (Kampfschreie) kurdischer Kämpferinnen stark thematisiert worden (Fernández Aragonès 2020).
- 2 Siehe dazu die ausgezeichnete Kritik bei Bellin (2004; 2012).
- 3 Dabei wurde die Türkei in der MENA-Region in der Vergangenheit häufig misstrauisch beäugt, gilt sie doch als Nachfolgerin des osmanischen Reiches als ehemalige Kolonialherrin.
- 4 Der BII erfasst die Türkei in der MENA-Region als eine weitere ehemals defekte Demokratie, die sich autokratisiert hat. Diese wird in der nachstehenden Analyse nicht berücksichtigt. Die Türkei ist nicht in allen Definitionen der Region enthalten und natürlich ist die Türkei auch kein arabischer Staat. Der Iran gehört ebenfalls zur MENA-Region, nicht aber zur arabischen Welt.
- 5 Das Quartett zur Demokratisierung und Transformation bestand aus dem Gewerkschaftsverband (UGTT), dem Handels-, Handwerks- und Industrieverband (UTICA), der Tunesischen Menschenrechtsliga sowie der tunesischen Rechtsanwaltsvereinigung. Das Quartett hatte einen Dialog aller bedeutenden Regierungs- und Oppositionsparteien sowie der drei höchsten Staatsämter (Präsident, Regierungschef, Parlamentspräsident) angestoßen.

Literatur

- Alhassen, Maytha. 2012. Please Reconsider the Term “Arab Spring”.
https://www.huffpost.com/entry/please-reconsider-arab-sp_b_1268971. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Arezki, Rabah, Daniel Lederman, Amani Abou Harb, Nelly El-Mallakh, Rachel Yuting Fan, Asif Islam, Ha Nguyen und Marwane Zouaidi. 2020. *“How Transparency Can Help the Middle East and North Africa.” Middle East and North Africa Economic Update (April)*. Washington, D.C.: Worldbank.
- Asseburg, Muriel. 2011. Die historische Zäsur des Arabischen Frühlings.
<https://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52389/einfuehrung?p=all>.
 Zugegriffen: 16.03.2021.
- Bank, André und Mirjam Edel. 2015. Authoritarian regime learning: Comparative insights from the Arab uprisings. *GIGA Working Papers* (274). Hamburg: GIGA.
- Bellin, Eva. 2004. The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective. *Comparative Politics* 36 (2): 139-157. doi: 10.2307/4150140
- Bellin, Eva. 2012. Reconsidering the Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Lessons from the Arab Spring. *Comparative Politics* 44 (2): 127-149.
- Ben Mbarek, Ghaya. 2021. After 30-Year Jail Sentence for Cannabis Users, Some Demand Decriminalization. <https://meshkal.org/?p=1675>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Benstead, Lindsay J. 2018. Survey Research in the Arab World: Challenges and Opportunities. *PS: Political Science & Politics* 51 (3): 535-42. doi: 10.1017/S1049096518000112
- Bohn, Miriam, Erik Vollmann und Tobias Zumbrägel. 2018. Abenteuer am Golf: Saudi-Arabiens Wandel unter den Salmans. *Gesellschaft - Wirtschaft - Politik* 67 (2): 167-173. doi: 10.3224/gwp.v67i2.01
- BTI. 2020. Bertelsmann Transformation Index. Atlas. <https://atlas.bti-project.org/>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Demmelhuber, Thomas. 2013. Neue Medien, Protest und politische Veränderung im Nahen Osten: Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings. In *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*, Hrsg. Kneuer, Marianne, 225-148. Baden-Baden: Nomos.
- Demmelhuber, Thomas, Roland Sturm und Erik Vollmann. 2020. Decentralization in the Arab world: Conceptualizing the role of neopatrimonial networks. *Mediterranean Politics* 25 (4): 499-521. doi: 10.1080/13629395.2018.1559391
- Fernández Aragonés, Aina. 2020. Women, body and war: Kurdish female fighters through Commander Arian and Girls’ War. *Media, War & Conflict* 0 (0). doi: 10.1177/1750635220948554
- Foroudi, Layli. 2020. Mohamed Bouazizi: the faded icon of Tunisia’s Arab Spring.
<https://www.newstatesman.com/world/middle-east/2020/12/mohamed-bouazizi-faded-icon-tunisia-s-arab-spring>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Fulton, Jonathan. 2019. *China’s Changing Role in the Middle East*. Washington, D.C.: Atlantic Council.
- Glasius, Marlies, Meta De Lange, Jos Bartman, Emanuela Dalmasso, Aofei Lv, Adele Del Sordi, Marcus Michaelsen und Kris Ruijgrok. 2018. *Research, Ethics and Risk in the Authoritarian Field*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Grimm, Jannis. 2018. Authoritarian Middle East regimes don’t like academics – ask Matthew Hedges.
<https://www.opendemocracy.net/en/policing-research-shifting-tides-for-middle-east-studies-after-arab-spring/>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Grimm, Jannis, Kevin Koehler, Ellen Lust, Ilyas Saliba und Isabell Schierenbeck. 2020. *Safer Field Research in the Social Sciences. A Guide to Human and Digital Security in Hostile Environments*. London: SAGE.
- Heydemann, Steven. 2007. Upgrading Authoritarianism in the Arab World. *The Saban Center for Middle East Politics Analysis Paper* (no. 13). Washington, D.C.: Saban Center.
- Hinnebusch, Raymond. 2012. Syria: from ‘authoritarian upgrading’ to revolution? *International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944)* 88 (1): 95-113.

- Human Rights Watch. 2021. Tunisia: Police Arrest, Use Violence Against LGBTI Activists. UN Experts Should Investigate. <https://www.hrw.org/news/2021/02/23/tunisia-police-arrest-use-violence-against-lgbti-activists>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Janika Spannagel, Katrin Kinzelbach und Ilyas Saliba. 2020. *The Academic Freedom Index and Other New Indicators Relating to Academic Space: An Introduction*. *V-Dem Users Working Paper 2020*: 26. Götheburg: V-Dem Institute.
- Josua, Maria und Mirjam Edel. 2021. The Arab uprisings and the return of repression. *Mediterranean Politics*: 1-26. doi: 10.1080/13629395.2021.1889298
- Rumer, Eugene. 2019. *Russia in the Middle East: Jack of All Trades, Master of None*. Washington, D.C.: Carnegie Endowment.
- Tannenber, Marcus. 2017. *The autocratic trust bias: Politically sensitive survey items and self-censorship*. *AfroBarometer Working Paper No. 176*. Accra: AfroBarometer.
- V-Dem. 2020. Variable Graph. Academic Freedom Index. <https://www.v-dem.net/en/analysis/VariableGraph/>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Vollmann, Erik, Miriam Bohn, Roland Sturm und Thomas Demmelhuber. 2020. Decentralisation as authoritarian upgrading? Evidence from Jordan and Morocco. *The Journal of North African Studies*: 1-32. doi: 10.1080/13629387.2020.1787837
- Von Soest, Christian. 2015. Democracy prevention: The international collaboration of authoritarian regimes. *European Journal of Political Research* 54 (4): 623-638. doi: 10.1111/1475-6765.12100
- Wigger, Leo. 2019. »Arabische Verfassungen sind eine Waffe«. Interview mit Naseef Naeem zu Verfassungen in der arabischen Welt. <https://magazin.zenith.me/de/politik/interview-mit-naseef-naeem-zu-verfassungen-der-arabischen-welt>. Zugegriffen: 16.03.2021.
- Zumbrägel, Tobias und Thomas Demmelhuber. 2020. Temptations of Autocracy: How Saudi Arabia Influences and Attracts Its Neighbourhood. *Journal of Arabian Studies* 10 (1): 51-71. doi: 10.1080/21534764.2020.1788785